

Sieg: Das neuseeländische Parlament beendet die Hoffnungen von Klimaaktivisten, die Wirtschaft mithilfe des Delikt-Klagerechts lahmzulegen.

geschrieben von Andreas Demmig | 25. August 2026

Von Jo Nova

Dieses neuseeländische Gesetz ist für uns alle wichtig – und es ist ein sehr schöner Erfolg.

Anwälte des globalistischen Netzwerks versuchen, Lücken in unserem Rechtssystem auszunutzen. Ein Gerichtsverfahren in Neuseeland drohte, das Land zu zerstören, doch die gewählte Regierung hat diese Möglichkeit abgewendet. Andere Nationen sollten dringend ihre eigenen Gesetze dahingehend überarbeiten.

Wir wissen, dass das gut ist, weil die Grünen in Panik geraten und behaupten, dies sei gleichbedeutend mit der „Deportation der Menschheit in die Gaskammern“. Anscheinend ist es ein „dunkler Tag für die Demokratie“, wenn ein ordnungsgemäß gewähltes Parlament das Gesetz präzisiert und erklärt, dass nur es und nicht die nicht gewählten Gerichte die Politik bestimmen sollte.

Im Wesentlichen hat ein Mann namens Mike Smith eine Schadensersatzklage gegen sechs große Emittenten in Neuseeland eingereicht – mit der Behauptung, dass Unternehmen wie Fonterra (eine Genossenschaft von Milchbauern) eine öffentliche Belästigung verursachen und fahrlässig handeln, weil sie etwa 0,0000000001 % der weltweiten Kohlendioxidemissionen ausstoßen, was der Welt schadet.

Er forderte keinen Schadenersatz für sich selbst, sondern eine einstweilige Verfügung, die Fonterra und andere Unternehmen zur Reduzierung ihrer Emissionen verpflichten sollte. Dabei muss man bedenken, dass all diese Unternehmen bereits die neuseeländischen Emissionsgesetze einhielten. Sie handelten an sich nicht illegal, nur verursachten ihre Emissionen angeblich immer noch Schäden, vergleichbar mit einem lauten Rockkonzert, nur eben „global“. Der Oberste Gerichtshof Neuseelands hatte die Klageabweisung abgelehnt, sodass es zum Prozess kommen würde.

Wenn das Gericht diesen sechs Unternehmen über die gesetzlich vorgeschriebenen hinausgehende, strengere Emissionsvorschriften

auferlegen würde, würde es Neuseelands Wirtschafts-, Energie- und Industriepolitik bestimmen und sich faktisch selbst zum Herrscher des Landes ernennen. Dieselben lähmenden Verfügungen würden bald auch Fluggesellschaften, Schifffahrt, Supermärkte, den Tourismus, Autofahrer und sogar „Verbraucher“ betreffen und praktisch jeden im Land erfassen – mit Ausnahme von Babys, die zufällig Atomkraftwerke betreiben. Schon bald würde die gesamte neuseeländische Wirtschaft zum Erliegen kommen.



Ngā Ture o Aotearoa
New Zealand Legislation

Kāinga
Heim

Tirohia ist ein beliebter Ort
Agenturen durchsuchen

Ako atu anō
Mehr erfahren

Erweiterte Suche

In KraftDer Titel enthältSuche nach geltenden Gesetzen und untergeordneten Rechtsvorschriften...Suchen

RechnungAktuellNeueste VersionEinleitung 29. Juni 2026 | 2026 Nr. 330—1

RechnungVersionen (1)

SchnittansichtHerunterladenInhalte durchsuchen

Änderungsgesetz zur Reaktion auf den Klimawandel (Haftungsrecht)

Regierungsgesetz
330—1

Erläuterung

Allgemeine Grundsatzserklärung

Das Klimaschutzgesetz von 2002 (das **Gesetz**) bildet den rechtlichen Rahmen für Neuseelands regulatorische Maßnahmen gegen den Klimawandel. Es beinhaltet ein Emissionsreduktionsziel für 2050 sowie ein System zur Festlegung und Einhaltung aufeinanderfolgender Emissionsbudgets, um dieses Ziel für 2050 zu erreichen.

Der Gesetzentwurf zur Änderung des Klimaschutzgesetzes (Haftungsbeschränkung) (der **Gesetzentwurf**) ändert das Gesetz dahingehend, dass die Entwicklung, Festlegung und Umsetzung von Regulierungsrichtlinien in Bezug auf Treibhausgasemissionen in der Verantwortung der Exekutive und der Legislative liegt. Der Gesetzentwurf sieht einen gesetzlichen Ausschluss der Haftung für emissionsbedingte Klimafolgen vor. Dieser Ausschluss gilt, sodass niemand (einschließlich des Staates) für emissionsbedingte Klimafolgen deliktsrechtlich haftbar gemacht werden kann.

Link s.u., Übersetzung Google Translate

Das neuseeländische Parlament trat daher zusammen und verabschiedete den Gesetzentwurf zur Änderung des Klimaschutzgesetzes (Haftungsrecht), der den Rechtsstreit und alle zukünftigen Versuche faktisch beendete. Der Entwurf wurde am Dienstagabend mit 67 zu 53 Stimmen angenommen.

Schicken Sie dies an Ihre gewählten Abgeordneten. Nur die USA arbeiten an einem ähnlichen Gesetz, dem „*Stop Climate Shakedowns Act of 2026*“. Der Rest des Westens ist schutzlos ausgeliefert.

Man sollte meinen, Gerichte würden solche unbegründeten Fälle gar nicht erst annehmen?

Der gesamte Fall vereinte ein Dutzend unlösbarer juristischer Probleme.

Die Beklagten selbst beschrieben die Klage als Aufforderung an das Gericht, das Delikt-Klagerecht „auszulegen, zu verbiegen und neu zu erfinden“, um Sektoren der neuseeländischen Wirtschaft durch einstweilige Verfügungen zu schädigen.

Selbst wenn wir so tun, als würden diese Unternehmen zum „Klimawandel“

beitragen – sie wären für einen winzigen Anteil der globalen Emissionen verantwortlich, daher sollte man meinen, dass sie auch für einen winzigen proportionalen Schaden haften sollten, was bedeutet, dass der Gerichtsprozess eine totale Zeitverschwendung ist.

Zweitens, da der Klimawandel ein globales und nicht nur ein nationales Problem ist, kann das Gericht über fast alle anderen Verursacher nicht urteilen. Es kann weder chinesische Fabriken stoppen noch dem Phytoplankton befehlen, sein Wachstum einzustellen. Die schiere Sinnlosigkeit eines solchen Urteils hätte den Fall von vornherein zunichtemachen müssen.

Drittens hat das demokratisch gewählte Parlament die Gesetze hierzu erlassen, und wenn es den Wählern nicht gefällt, können sie die Regierung absetzen, sodass wir keinen Rechtsbehelf benötigen.

Um das zu umgehen, argumentierten die Anwälte, Neuseeland habe eine internationale Verpflichtung, seinen Beitrag zu leisten, und somit müsse jedes *Land* seinen Teil beitragen. Dann sei es nur noch ein kleiner Schritt, zu behaupten, jedes *Unternehmen* müsse seinen Beitrag leisten, und ehe man sich versieht, schreibt der Internationale Gerichtshof vor, welche Socken man tragen soll, und erlässt Haftbefehle wegen Polyestervergehen. In diesem Moment sitzt die Weltregierung im eigenen Wohnzimmer, und man hat kein Entrinnen und keine Möglichkeit, die Schurken abzuwählen.

Die vergiftete Feder internationaler Gerichte

Vor zwei Jahren hat der zahnlose Internationale Gerichtshof den Klimaschutz faktisch in den Bereich der internationalen Menschenrechtsverpflichtungen erhoben.

Wie ich damals schon sagte, hat der höchste Gerichtshof der Welt, der sich selbst als „Blobokraten“ bezeichnet, entschieden, dass ein perfektes Klima ein „Menschenrecht“ ist. Nun könnte potenziell die ganze Welt jeden anderen verklagen. Es ist ein ideologisches Roulette mit unbegrenzter Klägerzahl.

Die einzigen Gewinner sind die Anwälte.

Viele behaupteten, der Internationale Gerichtshof sei irrelevant, da Staaten seine Regeln nach Belieben ignorierten. Ohne Armee habe der IGH keine Möglichkeit, ein Urteil durchzusetzen. Doch der globalistische Machtapparat strebt nach diesen kleinen, symbolischen „Siegen“ (mit unserem Geld) und nutzt sie unaufhaltsam zu immer weitreichenderen Klagen aus, bis alles zusammenpasst und wir mit einer Flut von juristischen Machenschaften konfrontiert werden, die jemand stoppen muss.

Jon McGowan erklärt in *Forbes* , wie der Klimawandel fast vollständig aus der politischen Landschaft verschwunden ist. Politiker sprechen nicht

mehr darüber, und der Begriff wird aus Regierungspolitiken gestrichen. Daher haben Aktivisten den Rechtsweg beschritten, um ihre Bewegung am Leben zu erhalten.

So nutzen die wortgewandten Aktivisten das Urteil des Internationalen Gerichtshofs und ein früheres Schweizer Urteil, um zu argumentieren, dass jedes Land seinen Beitrag leisten müsse, indem es die rechtlichen Vorgaben des Pariser Abkommens berücksichtigt. Und siehe da, plötzlich erpressen nationale Gerichte einzelne, gesetzestreue Unternehmen.

Neuseeland will Klimaklagen verbieten. Werden die USA diesem Beispiel folgen?

Von Jon McGowan, Forbes

Die rechtliche Argumentation gegen Staaten erfuhr eine bedeutende Stärkung, als internationale Gerichte einen Weg zur Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen schufen. Im April 2024 urteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Fall *Verein Klima Seniorinnen Schweiz u. a. gegen die Schweiz*, dass die Unterzeichner der Europäischen Menschenrechtskonvention verpflichtet seien, den Klimawandel zu verhindern. Im Juli 2025 veröffentlichte der Internationale Gerichtshof (IGH), auch bekannt als Weltgerichtshof, ein Gutachten zu den Verpflichtungen der Staaten im Hinblick auf den Klimawandel. Dieses Gutachten ist zwar nicht rechtsverbindlich, stellte aber fest, dass Staaten rechtlich verpflichtet seien, Treibhausgasemissionen zu reduzieren und gegebenenfalls Entschädigungen für Schäden durch den Klimawandel zu zahlen. Das Gutachten stützte sich auf internationale Verträge wie das Pariser Abkommen und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.

Der Internationale Gerichtshof (IGH) ist ein Gericht mit beschränkter Befugnis. Er wurde von den Vereinten Nationen zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten geschaffen. Er verfügt über keine direkten Durchsetzungsbefugnisse, sondern stützt sich auf die freiwillige Einhaltung von Urteilen, die UN-Generalversammlung oder die Verwendung ihrer Gutachten vor nationalen Gerichten.

Das Urteil des Internationalen Gerichtshofs (IGH) wurde in den nationalen Gerichten noch nicht angewendet. Zwar wird es in aufsehenerregenden Fällen zitiert, diese sind aber noch nicht abgeschlossen. Bemerkenswerterweise haben IGH-Urteile keinen Einfluss auf den Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten. 1985 traten die USA aus der „allgemeinen Zuständigkeit“ des IGH aus und entzogen sich damit faktisch seinen Einfluss, da sie nun nicht mehr verpflichtet sind, an Verfahren vor dem Gerichtshof teilzunehmen. Im Fall *Beard gegen Greene* von 1998 ignorierte der Oberste Gerichtshof eine Anordnung des IGH, die einen Aufschub der Vollstreckung beantragte.

Jon McGowan prognostiziert, dass die US-Gesetzgebung bis nach den Zwischenwahlen ins Stocken geraten und sich über Jahre hinziehen wird.

In der Zwischenzeit werden die republikanisch regierten Bundesstaaten eigene Gesetze zum Schutz ihrer Interessen erlassen, während die demokratisch regierten Bundesstaaten das Gegenteil tun und die Energiekonzerne angreifen werden.

Ehrlich gesagt frage ich mich, wann Exxon oder Shell endlich die Lieferungen an New York einstellen und ihnen sagen, sie sollen selbst nach Öl bohren.

Diejenigen, die diese lächerlichen Fälle vorantreiben, werden selbst zur öffentlichen Belästigung.

Gott sei Dank brennt in Neuseeland noch der Strom!

REFERENZ

Der Gesetzentwurf zur Änderung des Klimaschutzgesetzes (Haftungsrecht)

<https://joannenova.com.au/2026/08/winning-nz-parliament-ends-climate-activists-hopes-of-using-tort-lawfare-to-shut-down-the-economy/>